

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 65 (1974)

Heft: 10

Artikel: Die Energiekrise im Spiegel der öffentlichen Meinung

Autor: Wanner, F.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-915415>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Energiekrise im Spiegel der öffentlichen Meinung

Von F. Wanner

Sparparole mit verschiedenen Maßstäben und Zielsetzungen

War die Energiekrise der letzten Monate nur ein böser Traum, der als Episode einer Kriegführung mit der Erdölwaffe schon bald der Vergangenheit angehören wird? Oder stehen wir tatsächlich vor dem Beginn eines neuen Zeitalters, *das der Energieverschwendung den Kampf ansagt, das sich auf die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums besinnt und das nicht nur einer neuen Verbraucher-Philosophie ruft, sondern auch in der Energieproduktion neue Akzente setzt?*

Versucht man die Lage realistisch zu beurteilen, so wird man feststellen dürfen, dass unser Energiebewusstsein wohl einige Denkanstöße erhalten hat, dass da und dort die Bereitschaft zu einem freiwilligen Anpassungsprozess erwacht ist, dass leider aber auch in vielen Kreisen bereits wieder die Mentalität aufkommt, man sei noch einmal gut davongekommen und könne jetzt wieder ruhig weiter in den alten Geleisen weiterfahren. Dies gilt weit weniger für die Heizölverbraucher zu Wärmезwecken und den Wohnungsbau, wo die Idee einer besseren Wärmeisolation sichtbare Fortschritte gemacht hat, als ganz allgemein für den Automobilverkehr. Ist es nicht merkwürdig, dass der Aufruf einer Zürcher Tageszeitung an rund 40 000 Autopendler, die täglich aus den Vorortsgemeinden in die Stadt zur Arbeit fahren, weniger als 200 Interessenten für eine bessere, organisierte Ausnützung ihrer Fahrzeuge fand? Oder war etwa das Sonntagsfahrverbot im November ein solches Opfer, dass der Vorschlag eines autofreien Sonntags im Monat, wie er von den Burgdorfer Technikum-Studenten aufgegriffen wurde, in der Öffentlichkeit kaum ein Echo ausgelöst hat? Und was musste man erst von der Diskussion über die Begrenzung der Geschwindigkeit auf Autobahnen halten, die in einem Geist der Untoleranz geführt wurde und bei der sich jeder, der für eine solche Begrenzung eintrat, dem Vorwurf der Rückständigkeit aussetzen musste!

Sollte man je in einem Energiewirtschaftsartikel der Bundesverfassung zu einer Konsumlenkung, ja vielleicht auch zu einer Rationierung kommen, so wird wohl eine solche im Bereich der Elektrizität und Gasanwendungen oder des Heizölverbrauches zu Heizzwecken auf weit weniger Widerstand stossen als bei Eingriffen in den Automobilverkehr. Nicht umsonst sprechen die Automobilverbände vorsorglich jetzt schon von einer Automobilfeindlichkeit der Öffentlichkeit und der Behörden, die es mit einem breitausgelegten Public-Relations-Feldzug zu bekämpfen gelte. Diese Tatsache sei hier lediglich festgehalten, weil die Automobilverbände bis jetzt kaum versuchten, mit ihren Mitgliedern eine Diskussion über Möglichkeiten und Auswüchse einer zweifellos hier vorhandenen Energieverschwendung zu führen. *Auch der Automobilsalon in Genf versäumte die Gelegenheit, die Besucher auf die neue Situation des Energiemarktes, die nicht nur für den Stromkonsumenten, sondern auch für den Benzinverbraucher von Bedeutung ist, aufmerksam zu machen.*

Um so positiver fällt unter diesen Umständen die vom VSE und der Elektrowirtschaft vor kurzem begonnene Informationskampagne auf, die erstmals auch das Inserat zur Aufklärung über die rationelle Stromverwendung benützt. Gewiss ist das noch kein Alibi für die Elektrizitätswerke, die heute wegen des Zwanges zum Bau von Kernkraftwerken mehr als die Automobilwirtschaft ins Schussfeld der Kritik geraten sind; so wirft man ihnen beispielsweise immer wieder eine den Absatz- und den Mehrverbrauch fördernde Tarifpolitik vor, vergisst dabei aber leider, dass diese Dinge bei einer Energie, die, abgesehen von der Speicherenergie, im Moment der Erzeugung auch verbraucht werden muss, weit komplizierter sind als der Verkauf von Benzin, Heizöl, Kohle oder Gas. *Dem Stromkunden wäre jedenfalls mit einer Umkehrung der bisherigen produktions- und betriebswirtschaftlich bedingten Preisbildungsgrundsätze kaum gedient und den Werken noch weit weniger.*

Die Vorschläge, den Strom Tag und Nacht für Haushalt, Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie unabhängig von den Erzeugungs- und Belastungsverhältnissen im Netz zum gleichen Preis zu verkaufen und jeden Mehrbezug mit einem Zuschlag zu

bestrafen, gehören deshalb in die Rumpelkammer abstruser Ideen. Ernsthafter zu nehmen sind jedoch die Vorwürfe, wie sie nicht nur in Leserbriefen der Presse, sondern auch in Briefen von Schulen an die Werke immer wieder erhoben werden. So wies kürzlich eine Abschlussklasse der Kunstgewerbeschule Bern an die Elektrowirtschaft auf den Widerspruch hin, die Verschwendung des Stromes anzuprangern, solange auf die geldeinbringende Reklame für Waschpulver und Elektrogeräte nicht verzichtet werde. Solche Gegensätze, ja Widersprüche zu vermeiden ist für die Werke gewiss nicht leicht. Sie ergeben sich allein schon aus der Tatsache, dass die Elektrogeräteindustrie und die Produktion und Verteilung des Stromes zwei völlig getrennte Geschäftsbereiche darstellen. Das Interesse der Werke beschränkt sich darauf, dass Elektroherde, Waschmaschinen, Staubsauger, Heizgeräte usw. auf ihre Sicherheit geprüft werden und allenfalls das Qualitätszeichen tragen. Angesichts des reichen Angebots und der Konkurrenzsituation auf dem Markt erscheint aber eine Einflussnahme der Werke auf die Werbung für Elektrogeräte als ein frommer Wunsch. *Bremsend auf ein Zuviel an Werbung kann allein die Haltung der Konsumentenorganisationen einwirken, wobei sicher schon jetzt festzustellen ist, dass sich der Konsument weit mehr als früher für den Stromverbrauch bestimmter Geräte interessiert.*

In der Meinungsbildung über die Lehren aus der Energiekrise und die Lagebeurteilung für die Zukunft hat auch die Stimme des Schweizerischen Energiekonsumenten-Verbandes Gewicht. Von dieser Seite ist am ehesten ein objektiver Beitrag zur Frage der Notwendigkeit des Energiesparens und einer neuen Verbraucherkontrolle im Hinblick auf die Rohstoffsituation und die mit der Diskussion um die Grenzen des Wirtschaftswachstums weltweit aufgeworfenen Fragen zu erwarten. Die an der letzten Generalversammlung des Verbandes Ende März im Kongresshaus in Zürich vom Präsidenten wie vom Tagesreferenten, dem Chef des eidgenössischen Kriegswirtschaftsamtes, erteilte Antwort ist in dieser Beziehung eindeutig und unmissverständlich ausgefallen. Die Parole heisst «Kampf der Energieverschwendung auf der ganzen Linie», also bei Erdöl, Strom, Gas und Kohle; Einsatz vermehrter Mittel für energiesparende Techniken; stärkere Diversifikation mit dem langfristigen Ziel einer Milderung der übermässig angewachsenen Auslandsabhängigkeit vom Erdöl zugunsten der Elektrizität. *Es ist erfreulich, festzustellen, dass damit zwischen den Elektrizitätskonsumenten und den Werken in der allgemeinen Lagebeurteilung eine weitgehende Übereinstimmung besteht, was für die Bildung einer schweizerischen Energiekonzeption, wie sie für die Schaffung eines eventuellen Energieartikels in der Bundesverfassung unerlässlich ist, von grosser Bedeutung ist.*

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Basler Abstimmung über die Beteiligung der Chemie-Stadt am Rhein am Kernkraftwerk Gösgen. Das Basler Verdikt über Gösgen hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Zürcher U-Bahn-Debakel und zeigt einmal mehr, *wie schwer regierbar unsere grossen Städte in Verkehrs-, Bau- und Energiefragen geworden sind.* Grund zur Panik besteht aber nicht, da man sich über den Absatz der Energie von Gösgen keine Sorgen zu machen braucht. Vielleicht kommt dafür Basel einmal das Verdienst zu, als erste Schweizer Stadt für eine neue Energieversorgungskonzeption Bahnbrechenddienste geleistet zu haben. Der Regierungsrat vertritt in seinem Bericht an den Grossen Rat die Meinung, es sei bei der Energieversorgung nicht mehr im herkömmlichen Sinn von der Bedarfsdeckung auszugehen, wozu es einer starken politischen Einflussnahme bedürfe. Auf das weitere Schicksal des Basler Experimentes mit einem offenbar für die Schweiz neuartigen dirigistischem Versorgungskonzept darf man deshalb gespannt sein.

Adresse des Autors:

Dr. F. Wanner, Alte Landstrasse 34, 8802 Kilchberg.